

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

Die ungarische Bredouille
Jugendpolitik braucht Konzepte
Energiepolitische Plattitüden
Antibiotika-Missbrauch bei Tieren
Voraussetzungen für das NPD-Verbot

Viel Arbeit für den Untersuchungsausschuss

Inhalt

Bundestagsreport 01 / 2012 der Landesgruppe Brandenburg

Aufklären und verändern - viel Arbeit für den Untersuchungsausschuss.....	Seite 04
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Die ungarische Bredouille.....	Seite 06
von Thomas Nord	
Bundesregierung bei der Jugendpolitik konzeptlos.....	Seite 08
von Diana Golze	
Energiewende - eine Herzenssache der Bundesregierung?.....	Seite 10
von Sabine Stüber	
Wo regelmäßig Antibiotika eingesetzt werden, läuft was falsch... ..	Seite 12
von Dr. Kirsten Tackmann	
Kühler Verstand Wie die NPD verboten werden kann.....	Seite 14
von Wolfgang Nešković	
Pressemitteilungen.....	Seite 16
Anträge, Anfragen & Initiativen.....	Seite 24
Reden.....	Seite 32
Kontakt	Seite 33
Impressum	Seite 34

Aufklären und verändern viel Arbeit für den Untersuchungsausschuss

In dieser Woche wird der Bundestag voraussichtlich den Untersuchungsausschuss zum rechtsextremen Terror beschließen. Dazu führen die Fraktionen seit Dezember intensive Gespräche. DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen setzen sich von Anfang an für einen solchen Ausschuss ein, die SPD zierte sich eine Zeit lang. Die Unionsfraktion, die den Ausschuss zunächst verhindern wollte, schlug sich dann auch auf die Seite der Befürworter. Unsere Auffassung, dass nur ein Untersuchungsausschuss mit seinem juristischen „Druck“ die Ursachen für rechtsextreme Gewalt aufklären kann, hat sich durchgesetzt.

Im Detail gibt es dennoch einige Probleme, so zur Frage des Untersuchungsgegenstandes. DIE LINKE ist dafür, diesen möglichst weit zu fassen. Es gilt, auch die gesellschaftlichen Hintergründe zu erfassen, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen. Zu klären sind aus unserer Sicht darüber hinaus die Verbindungen der rechtsextremen Szene ins Ausland. Andere Fraktionen, wie die der SPD, wollen dagegen den Gegenstand auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden beschränken.

Schwierigkeiten bereitet auch die bis zum Ende der Legislatur knapp bemessene Zeit. Selbst wenn der Ausschuss Tag und Nacht durcharbeitete, würde es schwer fallen, alle Unterlagen

selbst zu sichten. Ein Teil dieser Arbeit wird ein Ermittlungsbeauftragter übernehmen. Damit hat bereits der BND-Untersuchungsausschuss gute Erfahrungen gemacht. Auch die Nutzung der Untersuchungsergebnisse aus den Ländern bereitet Probleme.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es zudem bei der Ausschussgröße, die sich auf das Beweisantragsrecht durch einzelne Fraktionen auswirkt. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass der Ausschuss 8 oder 15 Mitglieder erhält und nicht, wie jetzt noch vorgesehen, 11. Bei 8 oder 15 Mitgliedern hätten DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen die Möglichkeit, mit den Stimmen ihrer Mitglieder Beweisanträge im Ausschuss beschließen zu lassen. Andernfalls sind sie auf das Wohlwollen insbesondere der SPD angewiesen.

Diese Formalien sind keineswegs unbedeutend. Vor dem Ausschuss steht nicht nur ein enormer Berg an Aufklärungsarbeit. Für DIE LINKE ist klar: Nie wieder darf der Staat bei rechtsextremen Gewalttaten wegsehen und nie wieder dürfen diese über Jahre von Medien als „Döner-Morde“ verharmlost werden. Die wichtigste Aufgabe des Ausschusses wird sein, dazu beizutragen, das gesellschaftliche Klima zu verändern. Gerade hierzu werden die Mitglieder der LINKEN im Ausschuss einiges zu leisten haben.

von
Dr. Dagmar Enkelmann



Die ungarische Bredouille

von Thomas Nord

Ungarn steht seit dem Wahlsieg der rechtspopulistischen Partei Fidesz unter verstärkter Beobachtung der Europäischen Kommission. Der bisher bekannteste Streitfall war das ungarische Mediengesetz, mit dem eine freie und unabhängige Presse mundtot gemacht werden soll. Die Kommission hat nun auf Grund von drei Staatsreformen rechtliche Schritte eingeleitet, weil die jüngsten Gesetzesänderungen nach ihrer Ansicht zu Verstößen gegen das EU-Recht geführt haben. Der erste Verstoß geht gegen die Unabhängigkeit der Notenbank. Der zweite und dritte werden bei dem Pensionseintrittsalter von Richtern und der Unabhängigkeit des Datenschutzes gesehen. Zudem schickte die Kommission einen Brief nach Budapest, in dem sie Auskünfte über die Unabhängigkeit der Justiz verlangt.

Am Mittwoch hat Ministerpräsident Viktor Orban vor dem Europäischen Parlament zu verschiedenen Vorwürfen Stellung bezogen und die Bereitschaft gezeigt, europäische Rechtsstandards einzuhalten. Die Magyaren waren 2009 pleite und hatten einen Kredit in Höhe von 20 Milliarden Euro vereinbart bei den üblichen Sparauflagen durch den IWF. Seine Auflagen zu Austeritätspolitik und Sozialstaatskürzungen führen häufig zu einer politisch rechten Reaktion. Im April 2010 wurde Fidesz mit einer Zwei-Drittel Mehrheit gewählt und hat als eine der ersten Maßnahmen den IWF des Landes verwiesen. Regierungschef Orban hat einen ökonomischen „Unabhängigkeitskrieg“ ausgerufen und erklärt, man müsse sich von der Last der „Fremdwährungskredite“ befreien. Von Ungarn werde eine neue Weltordnung ausgehen, in der sich die Nationen von den Schulden lösen. Schuldner von Fremdwährungskrediten sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Kredite auf einen Schlag zu einem von der Regierung festgelegten Wechselkurs zurückzuzahlen. Die Banken müssten in der Folge einen großen Teil ihrer Außenstände abschreiben und sämtliche Währungsverluste, Gebühren und Gewinnauffälle selber tragen.

Die Reaktion der Finanzmärkte war vorhersehbar, Ratingagenturen sprachen Warnungen über den Eingriff in den Rechtsstaat aus und der Forint stürzte gegenüber dem Euro ab. Als Konsequenz für den Rausschmiss wurde seitens des IWF der 2009 vereinbarte Kredit eingefroren.

Die Zinsen auf Staatsanleihen stiegen drastisch, weil sich große internationale Investoren in Massen von ungarischen Staatspapieren trennen. Das internationale Kapital hat sein Geld abgezogen, weil der Staat die rechtliche Sicherheit von Investments und Gewinn nicht mehr garantiert. Die Kreditwürdigkeit wurde beständig herabgestuft, seit November 2011 hat Ungarn bei den Rating-Agenturen nur noch Ramsch-Niveau. Das Land muss für Staatskredite mehr als 10% bezahlen. Sämtliche Maßnahmen der ungarischen Regierung zur Stabilisierung des Haushalts sind gescheitert. Die Einführung einer Flatrate-Steuer von 16% hat die Reichen begünstigt und das Säckel nicht gefüllt. Die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 27% ist der Rekord-Satz innerhalb der EU und betrifft gerade jene mit wenig Geld. Fidesz hat angekündigt, auch kleine private Sparguthaben zur Verwendung für den Staat einzuziehen. All das hat sozialpolitischen Unmut im Land produziert und die Zustimmung zur Partei von Orban auf 35% schrumpfen lassen.

Schon im November 2011 musste Orban kapitulieren und den IWF zur Wiederaufnahme von Verhandlungen einladen. Der bindet nun die Aufnahme von Gesprächen an konkrete Schritte zur Stabilisierung der Wirtschaft und an die Unterstützung der EU-Institutionen. Dadurch gerät Ungarn von zwei Seiten in die Bredouille, auf der einen Seite steht der politische Druck der EU, auf der anderen steht der ökonomische des IWF. Politische Beobachter gehen davon aus, dass Orban nun bei den Bankreformen zu Kompromissen gezwungen sein wird. Hochmut kommt vor dem Fall.

Das Beispiel Ungarn zeigt die heutige Reichweite nationalstaatlicher Souveränität selbst bei einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Die nationalistische Rechtsaußen Regierung, die von der Wiederherstellung eines Groß-Ungarn träumte, hatte ökonomisch gerade einmal für knappe eineinhalb Jahre die Kraft, sich die Großmäuligkeit gegenüber dem global investierenden Kapital zu leisten. Sie hat nur sehr begrenzt die politische Macht, gegen die eingegangenen europäischen Verträge dauerhaft zu verstoßen. Dabei kommt ihr die Mitgliedschaft in der konservativen europäischen Parteienfamilie zu Gute. Die Änderung der demokratischen Verfassung zu einem autori-

tärem System wurde mit Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen. Über offene rassistische Hetze und Pogrome gegen Roma und Sinti wurde in kleinen Artikeln im hinteren Teil der Zeitungen berichtet. Die Erhöhung der Belastung für die kleinen Bürger spielt keine besondere Rolle.

Europäische Aufregung wurde erst bei dem Mediengesetz und der drohenden Gleichschaltung produziert. Mit der angekündigten Einschränkung der Unabhängigkeit der Notenbank war dann schnell das Ende der Toleranz erreicht. Bei Geld hört die Freundschaft selbst im konservativen Parteienklüngel auf. Wer die Musik bezahlt, der bestimmt auch die Melodie. Dem aggressiv hegemonialen Nationalismus sind die Hände gebunden und eine Antwort, die den 1920er und 1930er Jahren entspricht, ist heute nicht mehr durchführbar. Das ist die gute Nachricht aus dem Beispiel Ungarn. Aber gerade aus der nationalen Ohnmacht und der Demütigung resultiert auch die Gefahr, darüber darf man angesichts des Beispiels der Versailler Verträge nicht hinwegsehen, dass die Stimmung in den nächsten Jahren noch weiter nach rechts ausschlagen könnte. Dies zeigt sich an den zunehmenden Umfragewerten für die neofaschistische Jobbik-Bewegung, die sich einen paramilitärischen Arm hält. Auch hierüber findet man merkwürdiger Weise erstaunlich wenig Berichte.

Die zweite Nachricht ist, dass auch sozialpolitischer, nicht rassistischer und nationalchauvinistischer Widerstand keine Aussicht mehr auf Erfolg hat, wenn er organisatorisch auf den Nationalstaat begrenzt bleibt. Eine linke Antwort muss eine europäische Perspektive einnehmen, die Gegenspieler sind nicht mehr die nationalen Regierungen, sondern der Europäische Rat und die Europäische Kommission. Der momentan geplante Fiskalvertrag wird der Problemlage nicht gerecht, denn er wird die neoliberale Ausrichtung Europas beschleunigen. Aus den wirtschaftlichen und politischen Ungleichgewichten werden soziale Spannungen entstehen, die sich nationalistisch aufladen. Ein Indiz hierfür ist die zunehmend antideutsche Stimmung in den Ländern, die unter der europäischen Finanzknete stehen. Wir brauchen eine europäische Ausgleichsunion für die Leistungsbilanzungleichgewichte und eine europäische Verabredung zu sozialen Mindeststandards.

Bundesregierung bei der Jugendpolitik konzeptlos



von Diana Golze

In dieser Woche veröffentlichte das Statistische Bundesamt die aktuellen Zahlen über die Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik. Aus den Zahlen dieser Statistik sind die politischen Schwerpunkte ablesbar, die bei der Gesamtheit der Angebote für Kinder und Jugendliche in unserem Land gemacht werden.

Das Stagnieren der Ausgaben für die Jugend- und Jugendsozialarbeit auf niedrigem Niveau zeigt deutlich, dass die Bundesregierung kein Konzept für eine Jugendpolitik hat. Damit wird sie dem Bedarf der Jugendlichen als eigenständiger Bevölkerungsgruppe mit den ganz besonderen Problemlagen, mit denen diese Altersgruppe konfrontiert wird, nicht gerecht. Lediglich fünf Prozent der Gesamtausgaben für Kinder und Jugendliche flossen in die Jugend- und Jugendsozialarbeit, eine Fortsetzung der Politik der vergangenen Jahre, die übersetzt nichts anderes heißt, als dass die Quantität und Qualität von Freizeitangeboten und außerschulischen Bildungsangeboten weiterhin gesunken ist.

Seit längerem beobachten wir ein Sterben von außerschulischen, öffentlichen und nichtkommerziellen Angeboten der Jugendarbeit. Zahlreiche Projekte der Jugendsozialarbeit kämpfen seit Jahren ums Überleben. Viele dieser Einrichtungen und Projekte können nur noch mit großem ehrenamtlichem Engagement die zurückgefahrenen Angebote aufrecht erhalten. Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aber braucht

qualifizierte Angebote mit qualifiziertem Personal. Die Kürzungen in diesem Bereich haben aber nicht nur katastrophale Folgen für die Qualität, sondern vor allem für die breite Vielfalt der Angebote für junge Menschen. Und das in einer Zeit, in der das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen erneut gestiegen ist und zunehmend private Dienstleister, aber auch organisierte Neonazistrukturen in das Feld der Jugendfreizeitgestaltung eindringen. Vor allem im ländlichen Raum hat eine solche Entwicklung fatale gesamtgesellschaftliche Folgen, wenn Bushaltestellen die einzigen öffentlichen „Angebote“ für Jugendliche sind. Was gebraucht wird, sind Freizeitangebote, die sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausrichten und eine bestmögliche Förderung ermöglichen.

Daher fordert die Fraktion DIE LINKE die Bundesregierung auf, unter Beteiligung von Jugendverbänden und Akteuren vor Ort ein jugendpolitisches Gesamtkonzept auf den Weg zu bringen. Bis dahin muss ein Sonderfonds in Höhe von jährlich 100 Mio. Euro aufgelegt werden, um bereits weggefallene Strukturen regionaler Jugendarbeit neu aufzubauen und noch bestehende zu stärken. Es muss Schluss damit sein, dass Angebote für Kinder und Jugendliche nur noch auf Kinderbetreuung und Krisenintervention reduziert werden. Wer bei der Kinder- und Jugendpolitik den Rotstift ansetzt, kürzt Zukunftsinvestitionen! DIE LINKE wird sich weiterhin für eine starke und hochwertige Kinder- und Jugendhilfe einsetzen.

Energiewende

eine Herzenssache der Bundesregierung?

von Sabine Stüber



Nein, sie ist wohl eher keine Herzenssache der Bundesregierung, die Energiewende. Erst der Knicks der Koalition vor den Energiekonzernen, indem die Energiewende mit einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke erreicht werden sollte. Dann nach Fukushima die Rolle rückwärts aus dem Stand.

So weit, aber leider nicht so gut. Wir mussten als LINKE im zurückliegenden Sommer das gesamte Gesetzespaket ablehnen, obwohl wir unbedingt den Atomausstieg und den raschen Ausbau von erneuerbaren Energien wollen. Die Gesetze waren mit so heißer Nadel genäht, dass klar war, so wird das nicht funktionieren. Aber offensichtlich wollte die Regierung nun wenigstens beim Ausbau der Erneuerbaren den Interessen der Energiekonzerne entgegenkommen und deren Großstrukturen auf Jahre hinaus festklopfen. Zumindest ein Trostpflaster sollte noch „geliefert“ werden.

Das Ergebnis können wir sehen: Mais und Windräder, wohin man schaut. Auch wenn manche materielle Vorteile haben, Natur und Umwelt nehmen Schaden und die Monokultur überdeckt die vertraute landschaftliche Schönheit und Vielfalt. So wird das nix. Wir LINKE wollen das, was wir für den Umbau der Energiewirtschaft brauchen: einen ausgewogenen Mix aller regenerativer Energieträger und neue Verteil- und Speichertechnologien. Dafür sind die gesetzlichen Weichen in der Forschungs- und Investitionspolitik von der Koalition bisher nicht gestellt. Es ist auch keinerlei Pioniergeist bei den Regierenden zu erkennen – kein „auf zu neuen Ufern“.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zum polnischen Atomenergieprogramm ist ein beredtes Beispiel dafür. Neben einleitenden Artigkeiten heißt es dort lediglich, dass der Bundestag den Atomausstieg beschlossen hat und die Bundesregierung dem

polnischen Nachbarn einen Erfahrungsaustausch zum Ausbau erneuerbarer Energien anbietet. Damit hat sie die Chance für eine umweltfachliche Bewertung des polnischen Atomenergieprogramms verschenkt. Auch wenn das Land Brandenburg in seiner Stellungnahme die fachlichen Defizite benannt hat, wäre eine differenziertere Aussage auf Bundesebene durchaus erforderlich gewesen. Zumindest einen Hinweis darauf, dass das vorgelegte Programm nicht den Anforderungen einer nach EU-Recht vorgeschriebenen Strategischen-Umwelt-Prüfung gerecht wird, hatte ich erwartet.

Der Unterausschuss des Bundestages hatte eine fachliche Stellungnahme des Umweltministeriums gefordert. Diese sollte dem Ausschuss bis zur Weihnachtspause vorliegen. Daraus wurde nichts, man wollte uns Abgeordnete schriftlich informieren. Jetzt ist klar warum. Dieses unqualifizierte Papier hätte größte Diskussionen ausgelöst und wäre wahrscheinlich so auch von der Koalitionsfraktion nicht bestätigt worden. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Bundesregierung mit Plattitüden aufwartet, während Umweltverbände fachliche Bewertungen erarbeiten, sich Bürgerinnen und Bürger mit dem polnischen Atomprogramm auseinandersetzen, Einwendungen schreiben und Unterschriften sammeln.

Am 4. Januar 2012 übergaben der BUND und die Bürgerinitiative „Atomkraftfrei leben in der Uckermark“ (AFLUM) der polnischen Botschaft über 50.000 Einwendungen. Davon kamen allein aus der Uckermark 8.100 Unterschriften und Einwendungen. Auch ich habe im Bundestag und in meinem Wahlkreis Unterschriften gegen das polnische Atomprogramm gesammelt.

Übrigens, das Bundesumweltministerium wird um eine weitere Diskussion nicht herum kommen. Wir LINKE fragen nach.

Wo regelmäßig Antibiotika eingesetzt werden, läuft was falsch...



von Dr. Kirsten Tackmann

Am 20. Januar öffnen sich wieder die Tore des Messegeländes für die Internationale Grüne Woche (IGW) 2012. Zehn Tage gehen mehr als 400.000 Besucherinnen und Besucher unter dem Berliner Funkturm auf kulinarische Entdeckungsreise. Was einst als Agrarausstellung begann, ist mittlerweile für viele Menschen zum winterlichen Volksfest mit politischem Rahmenprogramm geworden. Doch die gute Stimmung kann getrübt und der Appetit ordentlich vermässelt werden. Pünktlich zur IGW wird wieder ein Agrar-Skandal durchs Dorf getrieben. Waren es im Januar 2011 Enthüllungen über Dioxin in Futtermitteln, wird jetzt über Antibiotika-Missbrauch in Deutschlands Ställen debattiert. Anstoß gab eine Mini-Stichprobe des BUND, in der auf zehn von zwanzig Hähnchen multiresistente Bakterien gefunden wurden. Das wurde als Hinweis auf einen unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika interpretiert. Deutlich belastbarere Studien zu missbräuchlichen Verwendungen von Antibiotika vom Herbst 2011 aus NRW und Niedersachsen wurden dagegen von den Medien kaum beachtet.

Die Linksfraktion hat diese beiden Studien zum Anlass genommen, sich intensiv mit dem Vorwurf des Missbrauchs von Antibiotika in der Tierhaltung auseinanderzusetzen. Übrigens landen nicht nur zu viele Antibiotika in den Ställen, sondern auch bei Menschen oder Hunden und Katzen gibt es Probleme.

Ergebnis der vielen Gespräche und eMail-Wechsel ist der Antrag „Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung reduzieren“ (Bundestagsdrucksache 17/8348), der am Dienstag von der Bundestagsfraktion beschlossen wurde. Dazu passend hatten die Grünen am Mittwoch eine aktuelle Stunde im Bundestag erwirkt.

Unstrittig ist, dass der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung reduziert werden muss. Dazu brauchen wir eine bundesweite Strategie. Es macht wenig Sinn, wenn jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht. In unserem Antrag finden sich mehrere Vorschläge zur Lösung des Problems. Beispielsweise muss die Datengrundlage verbessert, die Haltungsbedingungen überprüft und das zuständige Personal besser geschult und bezahlt werden. Ein gutes Bestandsmanagement, eine integrierte tierärztliche Betreuung und betriebliche Minimierungsprogramme sind notwendig. Es geht um eine Verbesserung der Qualität in jeder Tierhaltung, egal ob in kleinen oder großen Beständen. Antibiotische Wirkstoffe sollten auch nur entweder bei Mensch oder Tier eingesetzt werden dürfen.

Das Thema Antibiotika-Missbrauch muss auch nach der Grünen Woche weiter diskutiert werden. Statt Aktionismus oder Ausitzen bei der politischen Konkurrenz fordern wir eine sachliche Befassung mit dem Thema und haben eine Anhörung im Agrarausschuss des Bundestages angeregt. Auch am Stand der Bundestagsfraktion auf der Grünen Woche in Halle 6.2 werden wir sicher viele interessante Gespräche auch zu diesem Thema führen. Kommen Sie vorbei!



Kühler Verstand

Wie die NPD verboten werden kann

Wie die NPD verboten werden kann
Kühler Verstand



von Wolfgang Nešković

von Wolfgang Nešković

Schon im Dezember des vergangenen Jahres trafen sich die Innenminister der einzelnen Bundesländer, um über ein NPD-Verbot zu beraten. Die obersten Polizisten der Bundesrepublik berieten und berieten. Am Ende gab es drei Ergebnisse: Erstens war man der Auffassung, die NPD sollte verboten werden. Zweitens wollten die meisten Innenminister die sogenannten Verbindungsleute (V-Leute) in der NPD belassen. Drittens war man sich einig, dass ein Verbotsverfahren nicht leicht werden würde.

Da haben die Innenminister leider völlig Recht. Ein NPD-Verbotsverfahren wird vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, solange es V-Männer in den Führungsgremien der braunen Partei gibt. An den V-Leuten in der Führung der NPD scheiterte 2003 das erste NPD-Verbotsverfahren. Die Gründe dafür hatte das Bundesverfassungsgericht auch klar dargelegt.

V-Leute sind staatlich bezahlte Spitzel aus den Reihen der Nazis. Das Verfassungsgericht hatte daher Schwierigkeiten, zu unterscheiden, ob der V-Mann bei staatlicher Bezahlung das Nazigedankengut in der NPD fördert oder über dieses nur objektiv berichtet. Als die Bundesverfassungsrichter den Verbotsantrag genauer prüften, stellten sie fest, dass darin eine Vielzahl von verfassungswidrigen Zitaten aus den Mäulern von V-Leuten in der ganzen Republik stammten. Das Gericht rügte die fehlende „Staatsferne“ der Partei und nannte gleichzeitig die Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches NPD-Verbot. Die V-Leute müssten aus der Führung der NPD verschwinden, der Staat müsse sie also abziehen oder den Kontakt mit ihnen abbrechen.

So einfach ist das und so schwer. Denn die meisten Innenminister der Republik wollen die V-Leute behalten. Sie fürchten, sonst nicht genug über die Partei zu erfahren. Wer die V-Leute in der NPD-Führung belassen will, um für ein Verbot mehr über die NPD zu erfahren, der braucht sich um den möglichen Ausgang des Verbotsverfahrens nicht länger sorgen. Es wird bei diesem Vorgehen ganz sicher scheitern. Die V-Leute sind die staatliche Bestandsgarantie der NPD. Das ist schon absurd. Die Innenminister machen sich Probleme, für die sie selber sorgen.

Die Zwickauer Mörderbande hat der Republik das rechte blinde Auge geöffnet. Jeder will das Verbot und fürchtet sich zugleich vor dessen Scheitern. Das „Wollen“ fängt im Kleinhirn an und die Furcht ist eine Äußerung des Herzens. Doch was wir für ein Verbot benötigen, ist kühler Verstand.

Danach müssen zuerst die V-Leute abgezogen werden. Anschließend ist die NPD von außen oder durch staatliche verdeckte Ermittler sorgfältig zu beobachten. Im letzten und dritten Schritt ist ein Verbotsantrag zu stellen. Er würde sich vom ersten Verbotsantrag signifikant unterscheiden. Er hätte Aussicht auf Erfolg.

UBA-Kritik an Flugrouten ernst nehmen

12.01.2012 – DR. DAGMAR ENKELMANN



„Die Kritik des Umweltbundesamtes an den Flugrouten und der Lärmbelastung durch den BER ist

ernst zu nehmen. Es gilt, die Vorschläge des UBA zur Lärmminde- rung so weitgehend wie möglich umzusetzen: So das Nachtflug- verbot von 22 bis 6 Uhr und die Überprüfung der Flugrouten nach einen Jahr Betriebszeit“, erklärt die 1. Parlamentarische Geschäfts- führerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, zur gestern veröffentlichten „Lärmfachlichen Bewertung der Flugrouten für den Verkehrsflughafen Berlin Branden- burg (BER)“ durch das Umweltbun- desamt. Enkelmann weiter:

„Die UBA-Expertise zeigt eine Rei- he von Maßnahmen auf, und das nicht nur bei den Flugrouten, mit denen die für viele Bürgerinnen und Bürger schwer erträgliche Lärmbe- lastung reduziert werden kann. Für mich hat der Schutz der Gesund- heit klar Priorität vor dem Rendite- denken der Fluggesellschaften. Es ist deshalb nicht akzeptabel, dass schon jetzt erklärt wird, notwendi- ge und mögliche Änderungen seien wegen der Wirtschaftlichkeit nicht zu realisieren.“

Bundesregierung stellt sich selbst Armutszeugnis aus

10.01.2012 – DIANA GOLZE

„Mit dem Familienreport 2011 hat sich die Bundesregierung selbst ein Armutszeugnis ausgestellt.

Er dokumentiert einen erschre- ckenden Anstieg der Armutsrisiko- quote und belegt damit das Schei- tern der schwarz-gelben Koalition bei der Armutsbekämpfung. Doch Familienministerin Kristina Schrö- der übergeht diese besorgniserre- gende Entwicklung und lässt sich stattdessen lieber für ihre vermeintlichen Erfolge feiern“, kom- mentiert Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die offiziellen Daten der Bundesregierung zur Ar- mutsrisikoquote im Familienreport 2011. Golze weiter:

„Allein in den Jahren 2009 und 2010 ist die Armutsrisikoquote von 16 auf über 19 Prozent gestiegen. Jedes fünfte Kind in diesem Land

ist mittlerweile von Armut bedroht. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden sowie Fami- lien mit mehr als zwei Kindern.

Der Bundesregierung ist durchaus bekannt, wie das Problem zu be- kämpfen ist. Doch statt wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Armut einzuleiten, flüchtet sie sich in Augenwischerei und Ideologie. Bestes Beispiel dafür ist das so- genannte Bildungs- und Teilhabe- paket, das Menschen, die Grund- rechte in Anspruch nehmen wollen, durch zahlreiche bürokratische Hürden abschreckt. Leistungen, die Bildung und Teilhabe sichern, sollten jedoch unbürokratisch ab- gerufen werden können und gehö- ren deshalb in den Regelsatz für Kinder und Jugendliche.

Um das gravierende Armutspro- blem in Deutschland in den Griff

zu bekommen, muss neben der Einführung eines gesetzlichen Min- destlohns auch der Unterhalts- vorschuss für Alleinerziehende ausgebaut werden. Die von der Bundesregierung künstlich klein- gerechneten Hartz IV-Regelsätze für Kinder müssen eigenständig neu berechnet und entsprechend erhöht werden. Perspektivisch soll- te eine Kindergrundsicherung ein- geführt werden, damit alle Kinder wirkungsvoll vor Armut geschützt sind.“

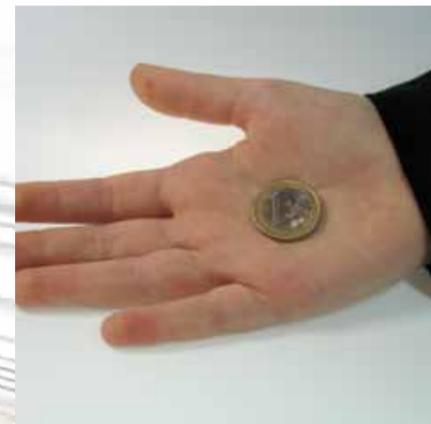


Foto: Klaus Rupp_jpkello.de

Keine Kinderbetreuungsfernhalteprämie

05.01.2012 – DIANA GOLZE

„Wenn die Nachfrage nach Krip- penplätzen vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, läuft etwas grundlegend schief in diesem Land. Dass die Bundesregierung dem nicht nur tatenlos zusieht, sondern einer beschönigend Betreuungs- geld genannten Kinderbetreuungs- fernhalteprämie noch verstärkt, ist ein Skandal“, kommentiert Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die vorab veröffentlichten Ergeb- nisse aus dem Familienreport 2011

der Bundesregierung. Golze weiter: „Eltern, die ein geringeres Einkom- men haben, schicken ihre Kinder nur halb so oft in eine Einrichtung der Frühförderung wie Eltern, de- ren Einkommen über dem Durch- schnittsverdienst liegt. Neben der Höhe der Kitagebühren sind die dort zusätzlich anfallenden Kos- ten für Verpflegung, Ausflüge und Gruppenkasse ein Grund für das Fernbleiben von der Betreuung und Bildung in Kindertagesstätten. Das zeigt einmal mehr, dass die soziale Lage der Eltern entscheidend ist für

das Wohlbefinden, die Förderung sowie die Zukunfts- und Bildungs- chancen der Kinder.

DIE LINKE fordert einen gebühren- freien Zugang zu Kinderbetreuung und Kinderförderung ohne ver- steckte zusätzliche Kosten. Das Betreuungsgeld setzt nicht nur Fehlanreize, es ist auch eine Fehl- investition. Die dafür veranschlagten zwei Milliarden Euro jährlich sollten besser in die bestehende soziale Infrastruktur umgeleitet werden, damit alle Kinder davon profitieren können.“

Armutsbericht ist Armutszeugnis für die Bundesregierung

21.12.2011 – DIANA GOLZE

„Was Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 auf den Weg ge- bracht hat, funktioniert auf gerade- zu perverse Weise. Armut hat sich in Deutschland als Massenphä- nomen verfestigt. Und die jetzige Bundesregierung unternimmt nicht nur nichts dagegen, sie verschärft das Problem noch durch ihre Un- Sozialpolitik.

Mit seinem Armutsbericht stellt der Paritätische Gesamtverband der Bundesregierung deshalb völlig zu Recht ein Armutszeugnis aus. Richtig ist auch die Schlussfolge- rung des Verbands: Nur wer die Verteilungsfrage stellt, kann Armut wirkungsvoll bekämpfen. Es ist an der Zeit für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtig- keit“, erklärt Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit, Sozia- les, Gesundheit“ der Fraktion DIE

LINKE, anlässlich der Vorstellung der Berichte des Paritätischen Ge- samtverbands zur Armutsentwick- lung und sozialpolitischen Halbzeit- bilanz der Bundesregierung. Golze weiter:

„Wie der Paritätische belegt, hat sich die Armut in Deutschland in- zwischen so weit verfestigt, dass sie selbst bei guter Konjunktur nicht mehr abnimmt. Die Politik der Bundesregierung verschärft das Problem: Der Verzicht auf einen anständigen flächendeckenden ge- setzlichen Mindestlohn, die unzu- reichende Regelsätze bei Hartz IV, der Kahlschlag bei der Arbeitsför- derung und das bürokratische und ineffektive sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket sind nur einige Beispiele dafür. Ein Programm ge- gen Armut und soziale Ausgren- zung sieht anders aus.

Die Bundesregierung trägt zur Verschärfung der sozialen Un- gleichheit bei. Ursächlich für diese Fehlentwicklung ist die politisch geduldete Umverteilung von unten nach oben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat vor wenigen Wochen in einer Stellung- nahme für den Ausschuss für Ar- beit und Soziales ausgeführt:

„Ein großer Teil des Wirtschafts- wachstums der letzten 10 Jahre (ist) bei den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung gelandet und da- von vermutlich wiederum ein be- achtlicher Teil bei den reichsten 1 Prozent.“ Dieser Prozess muss um- gehend gestoppt werden – durch ein gerechteres Steuersystem, höhere Löhne und höhere Sozial- leistungen. Es ist an der Zeit, den Kampf gegen die Armut aufzuneh- men.“

Familienministerin hat Überblick verloren

20.12.2011 – DIANA GOLZE

„Mit ihren Äußerungen zum Kita-Ausbau und dem Festhalten am Betreuungsgeld beweist die Familienministerin einmal mehr, dass sie den Überblick über ihr Ressort ebenso verloren hat wie den Sinn für die Realität“, kommentiert Diana Golze die jüngsten Äußerungen von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zum Ausbau der Kindertagesbetreuung und zum geplanten Betreuungsgeld. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die Fakten zum Kita-Ausbau, die Kristina Schröder nun offenbar endlich zur Kenntnis genommen hat, liegen längst auf dem Tisch. Das Problem ist, dass die Bundesregierung darauf nicht reagiert. Das Statistische Bundesamt, Fachinstitute wie das DJI und sogar das

Familienministerium selbst haben in den vergangenen Jahren immer wieder Belege dafür geliefert, dass das selbstgesteckte Ziel, für 35 Prozent der unter Dreijährigen einen Kitaplatz zu schaffen, nicht erreicht wird. Seit Jahren klagen die Kommunen, dass sie sich mit dem Ausbau alleingelassen fühlen. All das hat die Ministerin bislang geflissentlich übersehen und sich dem dringend notwendigen Umsteuern verweigert.

Seit Jahren ist bekannt, dass die Mittel für den Kita-Ausbau in den Ländern nur zäh fließen und die Kinderbetreuungslandschaft auf einen dramatischen Fachkräftemangel zusteuert, doch die Bundesregierung unternimmt nichts.

Der Bund muss sich nun endlich zu

seiner Verantwortung bekennen. Wer einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung schafft, sich aber hinter vermeintlichen Pflichten der Kommunen versteckt, wenn es an dessen Umsetzung geht, betreibt Politik nach Zechpreller-Art. Das Nachsehen haben dann jene Familien und ihre Kinder, die auch 2013 ohne Kitaplatz dastehen werden.

Wer diese Familien mit einem Betreuungsgeld abzuspeisen versucht, verkennt nicht nur den gesellschaftlichen Zwang zum Doppelverdiener-Haushalt. Von Wahlfreiheit zu faseln, wo es um frühkindliche Bildung geht, zeugt von völliger Ignoranz, was die Bedeutung von Kitas für die Entwicklung von Kindern angeht. Das ist der eigentliche Skandal.“



Foto: Martin Berk_pixelio.de

Kindeswohl muss im Zentrum stehen

16.12.2011 – DIANA GOLZE

„Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen belegt mit deutlichen Worten das Scheitern der Bundesregierung und erteilt der Politik einen konkreten Handlungsauftrag“, kommentiert die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, den UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012.

„Das Wohlbefinden und die Zukunftsaussichten von Kindern sind abhängig vom Wohlbefinden und den Zukunftsaussichten der Eltern. Mit welcher Arbeitsmarktsituation Eltern konfrontiert sind und in welcher sozialen Lage sie sich befinden, ist deshalb von zentraler Bedeutung für das Wohl und die Perspektiven ihrer Kinder und deren Chance auf schulische und soziale Teilhabe.“ Golze weiter:

„Armut ist ein entscheidender Faktor, wenn es um gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten geht. Sie überträgt sich von den Eltern auf die Kinder – mit all den bekannten Folgen für den weiteren Lebensweg der Kinder im Hinblick auf Wohlbefinden, Selbstvertrauen, Schule und Ausbildung. Besonders betroffen sind hier Kinder von Alleinerziehenden. Es ist gut, dass UNICEF eine differenzierte und nach Regionen untergliederte Betrachtung vornimmt. Denn Familien brauchen sowohl besondere finanzielle Unterstützung, als auch eine den regionalen Erfordernissen angemessene öffentliche Infrastruktur, die sie in allen Bereichen des Alltags stärkt und stützt. Es bedarf des Zusammenwirkens von Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, um das Armutsrisiko von Familien zu

reduzieren und Kindern eine würdevolle Zukunft zu eröffnen. Die Bundesregierung betreibt hier jedoch nur Flickschusterei, wenn sie denn überhaupt etwas unternimmt.

DIE LINKE sieht sich durch den UNICEF-Bericht in ihren Positionen zur Kinder- und Jugendpolitik, zur Familien- und Alleinerziehendenpolitik bestätigt.

Wir müssen die öffentlichen Infrastruktur für Familien sowie die Kinder- und Jugendhilfe stärken, die Integration in den Arbeitsmarkt verbessern und Armut wirkungsvoll bekämpfen. DIE LINKE wird die Bundesregierung mit parlamentarischen und außerparlamentarischem Druck an ihre Verantwortung erinnern und konkrete Verbesserungsvorschläge auf den Tisch legen.“



Foto: Martin Berk_pixelio.de

Befremdliches Urteil zum Maßregelvollzug

18.01.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ



„Das Bundesverfassungsgericht hat heute ein befremdliches Urteil verkündet. In dem besonders sen-

siblen Bereich des Maßregelvollzugs, in dem die Einsitzenden aufgrund ihrer Erkrankung regelmäßig zusätzlichen Einschränkungen ausgesetzt sind, haben ökonomische Zweckmäßigkeitserwägungen keinen Platz“, erklärt Wolfgang Nešković, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D., zum heutigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem im Maßregelvollzug für psychisch kranke Straftäter Vollzugsaufgaben auch Bediensteten privatisierter Träger übertragen werden dürfen. Nešković weiter:

Drohnen - rechtsstaatlicher Albtraum

29.12.2011 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Der Gabentisch der staatlichen Überwachungsbehörden soll nunmehr um eine unbemannte Luftüberwachung ergänzt werden.

Überwachungsdrohnen am deutschen Himmel wären ein rechtsstaatlicher Albtraum“, erklärt Wolfgang Nešković, Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums, zu der geplanten Änderung des Luftverkehrsgesetzes, wonach zukünftig auch „unbemannte Luftfahrtgeräte“ am Luftverkehr „gleichberechtigt“ teilnehmen sollen. Nešković weiter:

„Es entspricht der gängigen politischen Vermarktungsstrategie – insbesondere in der Sicherheitspolitik – bei grundsätzlichen Veränderungen zunächst nur deren Vorteile zu preisen und die mit ihnen zwangsläufig verbundenen nach-

teiligen Optionen zu verschweigen oder zu beschönigen. So verweisen z.B. Parlamentarier der CDU/CSU-Fraktion in ihren zu Protokoll gegebenen Reden in der 1. Lesung des Luftverkehrsgesetzes darauf, dass solche Geräte schon heute „zur Umwelt- oder Verkehrsüberwachung oder zum Schutze von Pipelines“ verwendet werden. Weiter heißt es, die Technik schreite voran und dieser Entwicklung müsse sich auch der Gesetzgeber stellen.

Es liegt auf der Hand, dass die gleichberechtigte Teilnahme von Drohnen am Luftverkehr nicht nur dem technischen Fortschritt dienen wird, sondern auch zum Ausbau eines Überwachungsstaates maßgeblich beitragen kann. So spricht der Gesetzentwurf ausdrücklich auch die polizeiliche Verwendung von Drohnen an. Deswe-

„Beim Maßregelvollzug handelt es sich um einen Kernbereich der staatlichen Gewalt. Das Urteil verschließt sich der Einsicht, dass es auch bei Gefahr im Verzug nur der Staat sein kann, der ausreichend Gewähr dafür bietet, dass das verfassungsrechtliche Resozialisierungskonzept bei der Anordnung von Zwangsmaßnahmen ausreichend beachtet wird. Denn eine einmal angeordnete Zwangsmaßnahme kann nicht rückgängig gemacht werden.“

gen ist jetzt schon absehbar, dass in einer zukünftigen Diskussion über den polizeilichen Einsatz solcher Überwachungsdrohnen auf die bisher bewährte Salamtaktik zurückgegriffen werden wird.

Zur Rechtfertigung für die Anwendung von Drohnen zu Überwachungszwecken wird dann die Frage gestellt werden, warum man die vorhandenen technischen Optionen nicht auch für die Bekämpfung von Schwerekriminalität und Terrorismus verwenden sollte. Hier dient dann wieder das vermeintliche Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung dazu, Freiheitsrechte einzuschränken.

Doch schon Aristoteles wusste: Wer die Sicherheit der Freiheit vorzieht, ist zu Recht ein Sklave.“

Yasuni-Nationalpark – Der Idee, Öl kann im Boden bleiben, trotz FDP-Blockade einen Schritt näher

16.12.2011 – SABINE STÜBER

Am 12. Dezember teilte die Sprecherin der Yasuni-Initiative, Ivonne Baki, der Öffentlichkeit mit, dass die erste Hürde für das ecuadorianische Projekt zur Rettung des Regenwaldes im Yasuni-Nationalpark – Öl im Boden lassen – erfolgreich genommen werden konnte. Die Weltgemeinschaft hat für den ITT-Fonds 100 Millionen US-Dollar zugesagt. Damit ist das Ziel für das Jahr 2011 erreicht. Die letzten Zusage von 1,2 Millionen US-Dollar kam von der wallonischen Regionalregierung in Belgien und auch Deutschland stellt nun doch Gelder bereit. Über die Höhe wurden keine Angaben gemacht.

„Ich kann auch nicht sagen, wie

viel Geld Deutschland zum Erhalt des Yasuni-Regenwaldes beisteuert. Das spielt im Moment auch keine Rolle. Wichtig ist einfach, dass Deutschland seine Zusagen einhält. Darum haben wir als Umweltsleute gemeinsam mit den Kollegen aus dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit fraktionsübergreifend in den letzten Monaten gerungen, und ich bin sehr froh, dass wir jetzt an diesem Etappenziel stehen“, sagt Sabine Stüber, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE.

Sie fährt fort: „Das ist nicht selbstverständlich, denn der FDP-Entwicklungsminister Dirk Niebel wollte das Projekt sehr gerne kippen.

Dafür wollte er sogar den Beschluss des Bundestags zur Unterstützung der Yasuni-Initiative aushebeln. Wieder so eine FDP-Eskapade, die nicht nur international peinlich ist, sondern uns als Abgeordnete auch Zeit und Kraft kostet, die wir gerne anders einsetzen würden.“

Insgesamt sollen, nach dem Konzept der ITT-Initiative, 3,6 Milliarden Dollar in den von der UNO verwalteten Treuhandfonds eingezahlt werden. Das sind etwa 50 Prozent der Gelder, die von Ecuador bei Förderung des Öls unter dem Yasuni-Nationalpark erlöst werden könnten. Die Gelder sollen für nachhaltige Entwicklungsprojekte in Ecuador eingesetzt werden.

LINKE stellt Antrag: Maßnahmen für mehr Tiergesundheit und gegen Antibiotikamissbrauch

19.01.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Der Missbrauch von Antibiotika muss konsequent verhindert werden. Die Bundesregierung handelt ohne Strategie, sehr zögerlich und inkonsequent. Dagegen schlägt die Linksfraktion Maßnahmen zur umfassenden Verbesserung der Gesundheit von Nutztierbeständen und zur drastischen Reduktion der Antibiotika-Anwendungen vor“, erklärt Dr. Kirsten Tackmann zur anhaltenden Debatte über Antibiotika in der Tierhaltung. Der Antrag „Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung reduzieren“ (Bundestagsdrucksache 17/8348) wurde am Dienstag von der Fraktion beschlossen und noch diese Woche

in den Deutschen Bundestag eingebracht. Tackmann weiter: „Um den enormen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung endlich zu reduzieren, ist eine bundesweite Strategie nötig. Es macht keinen Sinn, wenn jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht. Daher haben wir in unserem Antrag mehrere Vorschläge zur Lösung des Problems gemacht. Beispielsweise muss die Datengrundlage verbessert, die Haltungsbedingungen überprüft und das zuständige Personal besser geschult werden. Ein gutes Bestandsmanagement, eine integrierte tierärztliche Betreuung

und betriebliche Minimierungsprogramme sind notwendig. Es geht um eine Verbesserung der Qualität der Tierhaltung, nicht um das ausspielen kleiner gegen große Betriebe. Antibiotische Wirkstoffe sollten nicht gleichzeitig bei Mensch und Tier eingesetzt werden dürfen. Wo regelmäßig Antibiotika eingesetzt werden, läuft definitiv was falsch. Das darf nicht länger akzeptiert werden!“

Den Antrag 17/8348 finden Sie: [HIER](#)
Die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage zur Geflügelfleischuntersuchung des BUND finden Sie: [HIER](#)

Biopatente: Schwarz-gelb setzt Kalten Krieg im Bundestag fort

18.01.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Der Linksfraktion wurde die Mit-einreichung eines gemeinsamen Biopatente-Antrages durch die anderen Fraktionen verweigert. Dabei haben wir monatelang konstruktiv zusammengearbeitet. Grundlage der Ausgrenzung ist der Unvereinbarkeitsbeschluss der Unionsfraktion. Das offenbart ihre Defizite im demokratischen Grundverständnis und ist der obersten Volksvertretung unwürdig,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den interfraktionellen Antrag zu Biopatenten, der am Donnerstag dieser Woche von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen eingebracht wird.

Zur Grünen Woche 2011 gab es eine gemeinsame Pressemitteilung

aller fünf Fraktionen. Im April 2011 hatten sich die FachpolitikerInnen des Agrarausschusses auf einen gemeinsamen Antragsentwurf geeinigt. Bis Dezember 2011 arbeitete die interfraktionelle Gruppe gemeinsam, danach wurde die LINKE kommentarlos entfernt.

Tackmann weiter:

„Die Linksfraktion setzt sich für ein Verbot von Biopatenten ein. Gene können entdeckt und bewundert, aber nicht privatisiert werden. Der interfraktionelle Antrag ist in der vorgelegten Endfassung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, darum haben wir diesen Kompromiss auch mit erarbeitet und würden ihn mittragen. Allerdings ist

unter dem Einfluss von schwarz-gelb am Ende nur ein sehr kleiner gemeinsamer Nenner herausgekommen. Gentech-Biopatente oder die Finanzierung des Europäischen Patentamtes werden beispielsweise im Antrag gar nicht berücksichtigt.

Durch die Ausgrenzung fühlen wir uns nicht mehr an den bisherigen Kompromiss gebunden und werden dem Bundestag einen eigenen Antrag mit unseren Positionen zur Abstimmung vorlegen. So fordern wir die Bundesregierung auf, sich für ein weltweites Verbot der Patentierung von Leben einzusetzen.“

Die gemeinsame Erklärung vom 25.01.2011 finden Sie: [HIER](#)

LINKE fragt nach gentechnikfreier Imkerei

17.01.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die Linksfraktion will von der Bundesregierung wissen, welche Folgen sie aus dem Gentechnik-Urteil des Europäischen Gerichtshofs zieht. Wir haben eine Kleine Anfrage mit 27 Einzelfragen erarbeitet und erhoffen uns deutliche Antworten,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann. Die Linksfraktion hat in der zweiten Januarwoche die Kleine Anfrage „Schutz der Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen“ eingereicht. Mit einer Antwort wird Ende des Monats gerechnet.

Tackmann weiter:

„Ein halbes Jahr nach dem Urteil des EuGH wollen wir von der Bundesregierung endlich eine klare Aussage. Wie kann weiterhin gentechnikfreier Honig in Deutschland und

der EU produziert werden? Und wenn das nicht geht, warum setzt Ministerin Aigner dann weiter auf Gentechnik-Pflanzen? In Deutschland gibt sie sich gentechnikkritisch, in Brüssel stimmt sie fast jeder Laborpflanze zu.

Das Märchen von der Koexistenz ist nun endgültig am Ende. Wenn der Honig gentechnikfrei bleiben soll, dann darf es auch zukünftig keinen Genteuch-Anbau in Deutschland geben. Die Linke will ein gentechnikfreies Europa.“



Antibiotika-Einsatz konsequent reduzieren

09.01.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Der Einsatz von Antibiotika in Deutschlands Ställen muss konsequent reduziert werden.

Häufige Behandlungen mit diesen Arzneimitteln sind oft Hinweise auf Mängel bei den Haltebedingungen. Deshalb müssen Maßnahmen zur Vermeidung von Infektionskrankheiten in Nutztierbeständen an erster Stelle stehen. Dazu gehören Verbesserungen der Stallhygiene, des Bestandsmanagements und eine integrierte tierärztliche Bestandsbetreuung“, kommentiert Kirsten Tackmann die Ankündigung

der Bundesregierung zur Änderung des Arzneimittelgesetzes und die Veröffentlichungen des BUND zur Belastung von Fleischproben in Supermärkten. Tackmann weiter:

„Häufiger Antibiotika-Einsatz erhöht neben Anwendungsfehlern das Risiko von Resistenzen, auch in der Humanmedizin. Deshalb ist neben der Reduktion auch die teilweise oder vollständige Trennung der Wirkstoffzulassungen für Human- und Veterinärmedizin zu prüfen. Antibiotika sind wichtig, dürfen aber nicht unsachgemäß oder vor-

beugend eingesetzt werden.

Gesetzgeberisches Handeln setzt eine sachliche Analyse der Problemlage voraus. Dazu ist unverzüglich eine umfassende und transparente Dokumentation der Medikamentenvergabe erforderlich. Die Niederlande und Dänemark machen vor, wie der Antibiotika-Einsatz zu reduzieren ist.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE wird hierzu einen Antrag in den Bundestag einbringen.“



Foto: uschi dreilucker_pixelio.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

18.11.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8348](#)

Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung reduzieren

Die Linksfraktion will den Einsatz von Antibiotika wirksam reduzieren. Dazu muss die Datenbasis verbessert und den Überwachungsbehörden ein ungehinderter Zugang ermöglicht werden. Ausnahmeregelungen für die Geflügelhaltung sind zu streichen. Schwerpunkt muss Infektionsvermeidung sein. Effektive Reduzierungsvorschläge muss die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern entwickeln.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8349](#)

Duisburger Hafen AG in öffentlichem Eigentum erhalten

Der Verbleib dieses auch wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmens in öffentlichem Eigentum ist deshalb von zentraler beschäftigungs-, verkehrs- und strukturpolitischer Bedeutung für die Stadt Duisburg und die gesamte Rhein-Ruhr-Region. Deshalb lehnen wir die Privatisierung ab.

17.01.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8325](#)

Stuttgart 21 - Richtlinienkonformität des Stresstests und fraglicher Rückbau von Bahn-Infrastruktur

Auch nach der Volksabstimmung über Stuttgart 21 sind grundsätzliche Fragen noch nicht geklärt. So gibt es schwerwiegende Vorwürfe, dass die Bahn beim Stresstest massiv manipuliert hat. Außerdem fehlen noch einige formale Genehmigungen. Dies ist von Brisanz, weil private Bahnen den Kopfbahnhof weiter betreiben wollen. Die Linksfraktion fragt kritisch nach.

11.01.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8306](#)

Umgang mit Schutz suchenden Kindersoldaten in der Bundesrepublik Deutschland

Kinder werden von Armeen und Milizen als Soldaten, für Hilfsdienste und sogar als Sexsklaven missbraucht. In den letzten Jahren ist eine steigende Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus Afghanistan zu verzeichnen, die aus Furcht vor einer Rekrutierung durch die Taliban fliehen. Dennoch haben es Minderjährige schwer, in Deutschland ausreichenden Schutz vor Verfolgung zu erlangen. Bereits im Asylverfahren wird ihnen die notwendige psychologische Betreuung und Behandlung verweigert. Die Linksfraktion hakt nach.

11.01.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8305](#)

EU-Lateinamerika-Karibik-Stiftung in Hamburg

Anfang November wurde die EU-Lateinamerika-Karibik-Stiftung in Hamburg eingerichtet. Noch sind viele Punkte, die das künftige Funktionieren der Stiftung betreffen, unklar: von der langfristigen Finanzierung bis hin zu den Stiftungszielen. Da die Bundesregierung sehr für den Stiftungsstandort Hamburg gekämpft hat, fragt die Linksfraktion, welche Vorstellungen sie davon hat, wie und zu welchem Zweck die Stiftung künftig arbeiten soll.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8304](#)

Darlehen der Deutschen Entwicklungsgesellschaft mbH für Nicaragua Sugar Estates Limited

Dem nicaraguanischen Unternehmen NSEL wird vorgeworfen, durch unsachgemäßen Einsatz von Pestiziden auf seinen Zuckerrohrplantagen die Gesundheit tausender Arbeiter und Anwohner zu gefährden. Da NSEL ein Darlehen der Deutschen Entwicklungsgesellschaft zur Steigerung seiner Hektarerträge erhalten hat, fragt die Linksfraktion die Bundesregierung nach ihrem Umgang mit den Vorwürfen. Hat sie diesbezüglichen Aufklärungsbedarf? Fühlt sie sich in irgendeiner Weise verantwortlich? Welche Unterstützung leistet sie?

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8303](#)

Änderung der Approbationsordnung für Ärzte

Ziel der Änderung der Approbationsordnung soll vor allem eine gezielte Nachwuchsgewinnung und Förderung der Medizinstudierenden sein. Ein bedeutender Aspekt der Änderungen ist es, das Praktische Jahr nicht nur in Lehrkrankenhäusern, die an eine Universität angegliedert sind, zu ermöglichen, sondern in allen dafür geeigneten Krankenhäusern. Die Änderung enthält problematische oder zumindest klärungsbedürftige Aussagen, denen die Linksfraktion nachgeht.

09.01.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8302](#)

Die fatalen Fehleinschätzungen zum Rechtsterrorismus durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte praktisch seit dem Jahr 1998 durchgehend behauptet, dass es in Deutschland keine rechtsterroristische Bedrohung gebe. Die Tätigkeit der Behörde im Bereich Rechtsextremismus wurde daraufhin heruntergefahren, die Abteilung Rechtsextremismus wurde 2006 eingestellt. Die Leugnung der Bedrohung durch Rechtsterroristen hatte fatale Folgen. Die Linksfraktion fragt nach den Hintergründen zu dieser Entscheidung.

Anträge, Anfragen & Initiativen

02.01.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8263](#)

Abteilungen, Gremien und Dateien deutscher Sicherheitsbehörden für den Kampf gegen Rechtsextremismus

Mit großem Eifer werden nun neue Strukturen für die Zusammenarbeit und die gemeinsame Sammlung und Auswertung von Daten durch Polizei und Geheimdienste in Deutschland geschaffen. Dabei gab und gibt es seit Beginn der 90er Jahre diverse Arbeitszusammenhänge und Dateien, in denen eine solche Zusammenarbeit möglich war. DIE LINKE fragt, warum diese Möglichkeiten ungenutzt blieben und eine rechte Terrorgruppe über Jahre unbemerkt ihr Unwesen treiben konnte.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8262](#)

Verletzung menschenrechtlicher Kriterien bei der Kooperation mit Drittstaaten im Bereich Sicherheitsforschung

Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung nach der Einhaltung von Menschenrechtskriterien und weist auf die möglicherweise fehlenden Kontrollmechanismen bei der Entwicklung von Dual-Use-Gütern in den Sicherheitsforschungsprogrammen der EU und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hin.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8261](#)

Ausbeutung der Ressourcen der durch Marokko völkerrechtswidrig besetzten Westsahara

Das Europaparlament (EP) hat eine Verlängerung des Fischereiabkommens zwischen der EU und Marokko mit 326 gegen 296 Stimmen abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, dass die Interessen der Bevölkerung der Westsahara nicht ausreichend berücksichtigt werden und besser geschützt werden müssen. Die Bundesregierung behauptete bislang immer das Gegenteil und unterstützte das verschiedentlich als rechtswidrig eingestuften EU-Fischereiabkommens mit Marokko. Die Linksfraktion fragt kritisch nach.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8260](#)

Umfang der zum Zwecke der Prävention geführten polizeilichen Dateien (Nachfrage zu Drs. 17/7687)

Beim Bundeskriminalamt werden zahlreiche zentrale Dateien bzw. Verbunddateien von Bundeskriminalamt und Landeskriminalämtern geführt, mit denen vermeintliche politische Extremisten erfasst werden. In den Dateien landen Betroffene auch auf Verdacht, wenn ihnen nichts konkret zur Last gelegt werden kann – sie sind dann dennoch als „Gewalttäter“ gespeichert, auch wenn sie nie verurteilt wurden. Dies ist eine Nachfrage zu einer früheren Anfrage zu Dateien, die unvollständig beantwortet wurde.

02.01.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8259](#)

Stand der Rechtsverordnungen zum Wasserhaushaltsgesetz

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist umfassend novelliert worden. Aufgrund der noch fehlenden Rechtsverordnungen haben (nur) NRW und Hamburg für die Bürger kostenintensive Prüfungen zur Dichtheit häuslicher Abwasseranschlussleitungen vorgesehen. Die Relevanz der Prüfungen ist teils heftig umstritten. Im WHG bleibt offen, ob häusliche Abwasserleitungen in die Selbstüberwachung einbezogen sind. Im ehemaligen WHG waren diese teilweise vom Geltungsbereich (Indirekteinleiter-VO) ausgenommen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8298](#) vor.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8258](#)

Diffamierung von Presseerzeugnissen als „linksextremistisch“

Das BMFSFJ finanziert eine Broschüre der Zeitbild-Stiftung zum Thema Linksextremismus mit der LehrerInnen Material zu diesem Thema präsentiert werden soll. Unter anderem werden in der Broschüre „linksextremistische“ Zeitungen angeführt, darunter mit dem Neuen Deutschland und der jungleworld zwei Zeitungen, die nicht im VS-Bericht erwähnt werden. DIE LINKE fragt nach der Grundlage für diese diffamierende Etikettierung.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8310](#) vor.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8257](#)

Computergestützte Kriminaltechnik bei Polizeibehörden

Computergestützte Ermittlungsmethoden nehmen zu: Funkzellenauswertung, IMSI-Catcher, „Stille SMS“, Ermittlungssoftware, staatliche Trojaner oder eine Ausforschung Sozialer Netzwerke. Jedoch gab es hierzu keine gesellschaftliche Debatte. Ein Einblick in die Funktionsweise ist daher obligatorisch. Neben den Herstellern muss auch der Quellcode der Software beauskunftet werden. Dies wegen geschützter „Vermögenswerte“ zu verweigern, wird von den Fragesteller/innen nicht hingenommen.

23.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8231](#)

Datenschutzrechtliche Bedenken beim 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Das Inkrafttreten des 15. Rundfunkänderungsvertrages am 01.01.2013 wird erhebliche Auswirkungen auf die Gebühreneinzugspraxis haben. Die GEZ wird zukünftig die Erhebung von Rundfunkgebühren nicht mehr pro Gerät, sondern pro Haushalt vornehmen. Für Millionen Bürger, die bislang geringere oder keine Gebühren zahlen mussten, kommt es zu Verschlechterungen. Der Vertrag birgt darüberhinaus zahlreiche datenschutzrechtliche Gefahren.

Anträge, Anfragen & Initiativen

23.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8228](#)

Asylrechtlicher Umgang mit homosexuellen Flüchtlingen und der Einschränkung der sexuellen Vielfalt

Weiterhin gelten in Deutschland immens hohe Hürden für die Anerkennung von Verfolgung, die an die sexuelle Identität anknüpfen. Beispielsweise wird iranischen Homosexuellen vorgehalten, sie könnten ihre Homosexualität doch im Verborgenen leben. Besonders schwer haben es Menschen, die vor ihrer Flucht nach Deutschland aus Angst vor Repressalien ihre Sexualität überhaupt nicht gelebt haben. Die Linksfraktion fragt nach dem aktuellen Stand von Rechtssprechung und Behördenpraxis in Deutschland.

22.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8229](#)

Flexibilisierung der Arbeitszeit, atypische Arbeitszeiten und Anforderungen an die Politik

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit schreitet voran. Viele Menschen arbeiten zu sogenannten atypischen Arbeitszeiten. Die Wochenend- und Feiertagsarbeit gehört dazu ebenso wie die Arbeit am Abend, in der Nacht oder im Schichtdienst. Diese Arbeitszeiten führen zu gesundheitlichen Schäden, beeinträchtigen das Familienleben und die gesellschaftliche Teilhabe. DIE LINKE will den Menschen in den Mittelpunkt der Arbeitszeitgestaltung stellen und befragt dazu die Bundesregierung.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8215](#)

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im November 2011

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände et. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8299](#) vor

21.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8208](#)

Frühkindliche Sprachförderung und Sprachstandserhebungen im föderalen System

Der Bildungsbericht 2010 mahnt an, dass zwar Verbesserungen der Sprachfähigkeit aufgrund der Fördermaßnahmen zu beobachten seien, jedoch eine Differenz zu den Kindern ohne Förderbedarf bestehen bleibe. Die in den 16 Bundesländern jeweils bestehenden Maßnahmen und Verfahren werden nicht systematisch gemeinsam evaluiert und so bleibt deren Nutzen und Effizienz im Dunkeln. Die Kleine Anfrage hinterfragt den Stand der frühkindlichen Sprachförderung, insbesondere im Kita-Bereich.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8193](#)

Arbeitnehmerrechte ausländischer Pflegehilfskräfte im grauen Pflegemarkt

Die Pflegeversicherung gewährt nur Teilkasko-Leistungen. Angehörige schließen die Lücke durch Migrantinnen - meist aus Osteuropa. Arbeitsschutz und menschenwürdige Beschäftigungsbedingungen bleiben auf der Strecke. Entstanden ist ein grauer Pflegemarkt, in dem private Leistungsanbieter und Vermittler von der Not der Pflegebedürftigen und der wirtschaftlichen Zwangslage der mittel- und osteuropäischen Hilfskräfte profitieren. Lücken im Gesetz werden genutzt. Eine wirkungsvolle Kontrolle gibt es nicht. Die Linksfraktion fragt kritisch nach.

20.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8209](#)

Einstellung der Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen thüringische Rechtsterroristen im Jahr 1999

Die Generalbundesanwaltschaft beging 1999 eine „tödliche Fehleinschätzung“, als sie es ablehnte die Ermittlungen gegen das rechtsterroristische Trio aus Jena und ihr Umfeld zu übernehmen. Waffen-, Bomben- und Sprengstofffunde in Jena im Zeitraum 1996 -1999 wurden offenbar nicht als gefährlich eingeschätzt auch nicht der Fund eines Sprengsatzes vor einem von ausländischen Arbeitern bewohnten Hauses. Die Linksfraktion fragt nach den Ermittlungsspannen der Behörden.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8292](#) vor.

Anträge, Anfragen & Initiativen

20.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8191](#)

Sozialmedizinische und psychologische Gutachten bei Leistungsbeziehenden nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch (Nachfrage zur KA 17/7924)

In den letzten Jahren mehren sich amtsärztliche Begutachtungen von Erwerbslosen sowie deren Aussteuerung in Erwerbsminderungsrenten und Verweise in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Die Linkfraktion fragt nach den konkreten Umständen. So sollen auch die Widersprüchlichkeiten in der ersten Antwort zum Thema aufgedeckt werden.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8291](#) vor.

19.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8146](#)

Sicherheits- und Rüstungskooperation mit Mexiko

Seit 2006 führt die mexikanische Regierung einen „Krieg gegen die Drogen“, dem bereits mehrere zehntausend Menschen zum Opfer gefallen sind. Die Menschenrechtslage in dem lateinamerikanischen Land ist katastrophal. Verschiedene Menschenrechtsorganisation konstatieren systematische Verletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte. Die Kleine Anfrage geht der Frage nach, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus dieser Situation für die Kooperation im Sicherheitsbereich und Waffenexporte nach Mexiko zieht.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8275](#) vor.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8145](#)

Polizeiliche Soft- und Hardware bei EU-Agenturen

Meldungen über digitale polizeiliche Spionage- und Analysewerkzeuge lassen deren Verwendung auch bei EU-Agenturen vermuten. Hiervon profitieren insbesondere Rüstungs- und Softwarekonzerne. Bürgerrechte werden ausgehöhlt, die Unschuldsvermutung außer Kraft gesetzt. DIE LINKE fordert Einblicke in deren Funktionsweise. Sie sind nötig um eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen, inwiefern Polizeien und Geheimdiensten die informationstechnische „Überlegenheit auf allen Ebenen“ zugestanden werden darf.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8277](#) vor.

19.12.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8144](#)

Öffentliche Auftritte der Bundeswehr (erstes Quartal 2012)

Die Bundeswehr entfaltet eine breite Öffentlichkeitsarbeit, um sowohl Nachwuchs zu rekrutieren als auch für die deutsche Kriegspolitik zu werben. DIE LINKE sieht darin sowohl eine unzulässige Indoktrinierung von Jugendlichen als auch eine Militarisierung der Gesellschaft. Sie begrüßt Proteste gegen die Militärreklame. Deren Ausmaß soll durch regelmäßige Kleine Anfragen erfasst werden.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8300](#) vor.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8143](#)

Kosten für den Neubau der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes in Berlin

Nachdem bereits am 11.7.2011 der „Focus“ über den Diebstahl von Bauplänen berichtete und eine Untersuchungskommission beauftragt wurde, die näheren Umstände, mögliche Schäden sowie Sicherheitsprobleme zu ermitteln, wurde nun bekannt, dass die Klimaanlage des Hauptgebäudes wegen gravierender hygienischer Mängel wieder ausgebaut werden musste. Folgen: Der zahlungsunfähigen Firma wurde gekündigt, der Auftrag neu ausgeschrieben, die Baukosten verteuern sich erneut und der Bau verzögert sich weiter.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8142](#)

EU-Strategie zum Horn von Afrika

In der Kleine Anfrage geht es um die Konkretisierung der EU-Strategie zum Horn von Afrika, insbesondere deren sicherheits- und wirtschaftspolitische Zielsetzung. Die in der Strategie genannten Ziele deuten darauf hin, dass sich das zukünftige EU-Engagement nicht an friedens- und entwicklungspolitischen Interessen der Region, sondern vornehmlich an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik orientieren wird.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8278](#) vor.



18.01.2012 – KIRSTEN TACKMANN

Haltung der Bundesregierung zum massiven Einsatz von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung, Aktuelle Stunde

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche es jetzt mit ein bisschen Sachlichkeit.

Ich glaube, dass wir eben nicht nur über Antibiotika in der Nutztierhaltung, sondern auch in der Humanmedizin und in der Haus- und Kleintierhaltung reden müssen. Auch hier gibt es Missstände. Ich finde es schon ein bisschen fahrlässig, das nur auf die Nutztierhaltung zu reduzieren.

Unser Ziel ist doch klar: Wir wollen den Missbrauch von Antibiotika verhindern. Die Frage ist nur: Was ist Missbrauch, und wo wird tatsächlich Missbrauch betrieben? In den seriösen Studien aus NRW und Niedersachsen wird durchaus darauf hingewiesen, dass es einen missbräuchlichen und unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika gibt. Man kann über Details dieser Studien streiten, das ist keine Frage; aber auf ein ernsthaftes Problem weisen sie auf jeden Fall hin. Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass in NRW bei vier von fünf Mastdurchgängen mindestens einmal Antibiotika an Hähnchen verabreicht wurde, manchmal sogar bis zu acht Wirkstoffe bei einer Lebensdauer von – daran möchte ich erinnern – 35 Tagen, und dass in Niedersachsen 83 Prozent der Masthühner, 92 Prozent der Puten, 77 Prozent der Schweine und sogar 80 bis 100 Prozent der Rinder mit Antibiotika behandelt wurden. Aber gerade weil wir nicht genau wissen, wie verbreitet das Problem ist, brauchen wir eine verlässliche Dokumentation.

▶ weiterlesen [HIER](#)



Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Diana Golze



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 27.01.2012.



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de